



«Die Schweiz hat das Steuer nicht in der Hand»

Mayka Frepp

WEF Bei den Verhandlungen über ein Zollabkommen mit den USA verfügt die Schweiz über wenig Handlungsspielraum, sagt Rahul Sahgal, Direktor der Handelskammer Schweiz–USA.

Er habe sich am Weltwirtschaftsforum mit Vertretern der beiden Landesregierungen ausgetauscht und gehe nun mit dem Gefühl nach Hause, dass Europa aufwachen müsse, sagte Sahgal im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Keystone-SDA gestern in Davos. «Wir haben uns in Europa in eine Situation manövriert, in der wir eine gewisse Handlungsfähigkeit verloren haben», betonte er. Beim Thema Zollabkommen agiere die Schweiz weitgehend reaktiv. Klar sei deren Volkswirtschaft rund 30-mal kleiner als jene der USA – «doch als Europa müssten wir eigentlich eine stärkere Macht haben», so der Handelskammer-Chef.

Weder geopolitisch noch wirtschaftlich oder technologisch befinde sich der Kontinent derzeit auf Augenhöhe mit den Welt-

mächten USA und China. Um dies zu ändern, brauche es laut Sahgal deutlich höhere Investitionen in die Verteidigung sowie einen konsequenten Abbau von Bürokratie und Regulierungen. «Neue Ideen der Unternehmer hierzulande ersticken bereits im Keim», kritisierte er.

Zollabkommen auf gutem Weg

Hingegen sieht Sahgal die Verhandlungen bezüglich des Zollabkommens zwischen den USA und der Schweiz «auf gutem Weg». Er habe sich mit verschiedenen US-Vertretern in Davos getroffen, die die Schweiz sehr ernst nähmen und ein Gefühl von Stabilität vermitteln, anders als dies US-Präsident Trump tue.

Dessen Rede am Mittwoch am WEF habe erneut aufgezeigt, wie

wechselhaft seine Meinungen und Reaktionen sein können. In Bezug auf das Zollabkommen habe die Rede aber keine Unsicherheit geschürt, schätzte Sahgal ein – das anschliessende Treffen zwischen Trump und der Schweizer Regierung sei nämlich gut gelaufen.

Der Schweiz müsse aber bewusst sein, dass Trump auch bei einem fertig ausgehandelten Zollabkommen seine Meinung ändern und mit neuen Strafzöl-

len drohen kann, so wie er es bei der aktuellen Grönlandkrise mit verschiedenen EU-Staaten tat.

Eine Alternative zu den USA gäbe es aber für die Schweizer Wirtschaft nicht. «In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Exporte in die USA verdreifacht – in den letzten zehn Jahren

mehr als verdoppelt. Und im Moment sieht es aus, als würde es so weitergehen», erläuterte der Direktor. Schweizer Unternehmen würden dort investieren, wo es ein entsprechendes Wachstum gäbe.

«Zugeständnisse sind vertretbar»

Die Zugeständnisse, die die Schweiz beim Zollabkommen machen müsse, lägen im Bereich des Akzeptablen, so Sahgal weiter. Er sieht darin Bereiche betroffen, in denen ohnehin kein grosser Schweizer Markt besteht – beispielsweise bei Lebensmitteln, die hier nicht angebaut werden können.

Es gäbe aber auch Bereiche, bei denen eine Vereinfachung angezeigt sei. Als Beispiel hierfür nannte er den Import von Fahrzeugen. Er selbst hätte ein solches von den USA mit in die Schweiz genommen und es gäbe «keinen Grund, weshalb dies so kompliziert sein müsse». Auch die USA hätten Sicherheitsstandards – so seien beispielsweise Airbags in den Vereinigten Staaten zuerst verwendet worden.

Insgesamt gäbe es keinen Punkt, bei dem die Schweiz eine rote Linie überschreiten müsste. Es käme aber jetzt natürlich darauf an, wie das Zollabkommen ausgehandelt werde.

SO BALD WIE MÖGLICH

Die Schweiz und die USA wollen «so bald wie möglich» die erste Verhandlungsrunde für ein Handelsabkommen aufnehmen. Laut Wirtschaftsminister Guy Parmelin wird diese in Bern stattfinden. Parmelin führte mit US-Handelsbeauftragter Jamieson Greer «sehr konstruktive Gespräche», wie der Bundespräsident auf dem Netzwerk X schrieb. Das Treffen fand gestern Morgen am Rande des WEF statt. Dabei war zudem Staatssekretärin Helene Budliger Artieda.

Das angestrebte Abkommen soll den Zollstreit zwischen Bern und Washington beilegen. Die USA erhoben vergangenes Jahr zunächst einen Zollsatz von bis zu 39 Prozent auf Schweizer Güter. Nach mehrmonatigen Gesprächen konnte dieser Zollsatz im November auf 15 Prozent reduziert werden. Nun soll bis zum 31. März die Vereinbarung in einem rechtlich bindenden Abkommen festgehalten werden. (sda)